
INFORMATIONEN

zu den europäischen Verordnungen über soziale Sicherheit im Verhältnis zur Tschechischen Republik

- Stand August 2021 -

Die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit werden hauptsächlich durch die Verordnungen (EU) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009 (im Nachfolgenden als „europäische Verordnungen“ bezeichnet), geregelt. Die europäischen Verordnungen koordinieren die unterschiedlichen Systeme der sozialen Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten, d. h. die Leistungen der Rentenversicherung, der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Unfallversicherung und die Familienleistungen. Sie sichern eine grenzüberschreitende Anwartschaftserhaltung und Gleichbehandlung, schaffen aber keine neuen Leistungsarten und ändern auch nicht die Anspruchsvoraussetzungen für eine Leistung. Die europäischen Verordnungen sind gegenüber den nationalen Vorschriften vorrangig und lösen grundsätzlich die bisher mit einem Teil der Mitgliedstaaten bestehenden Sozialversicherungsabkommen (z.B. auch das deutsch-tschechische Sozialversicherungsabkommen vom 27.07.2001) ab. Nur in Ausnahmefällen sind diese Abkommen noch anzuwenden.

Zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählen neben der Bundesrepublik Deutschland folgende Staaten: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Des Weiteren gilt das europäische Gemeinschaftsrecht im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) für Island, Liechtenstein und Norwegen sowie durch das zwischen den Staaten der Europäischen Union und der Schweiz geschlossene Freizügigkeitsabkommen auch für die Schweiz. Wenn im Folgenden von den „EU-Mitgliedstaaten“ die Rede ist, schließt dies daher auch die EWR-Staaten und die Schweiz mit ein. Im Verhältnis zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland können die europäischen Verordnungen ab dem 01.01.2021 allenfalls im Wege eines Bestandsschutzes im Sinne des Austrittsabkommens Anwendung finden.

Die nachfolgenden Informationen geben einen kurzen Überblick über die in den europäischen Verordnungen enthaltenen Regelungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung.

1. Persönlicher Geltungsbereich

Die europäischen Verordnungen begünstigen in erster Linie die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten für die die Rechtsvorschriften mindestens eines Mitgliedstaates gelten oder galten, sowie deren Hinterbliebene. Seit dem 01.06.2003 gilt das europäische Gemeinschaftsrecht auch für Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen (sog. „Drittstaatsangehörige“), sofern sie rechtmäßig in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnen und mindestens in zwei EU-Mitgliedstaaten gelebt oder gearbeitet haben.

Ab dem 01.10.2013 gilt das europäische Gemeinschaftsrecht für diese Drittstaatsangehörigen auch, wenn sie außerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wohnen. Keine Anwendung findet diese sogenannte Drittstaatsverordnung im Verhältnis zu den EWR-Staaten und der Schweiz.

2. Renten

2.1 Rentenanspruch

Die in einem EU-Mitgliedstaat zurückgelegten Versicherungszeiten werden grundsätzlich nicht auf einen anderen EU-Mitgliedstaat übertragen. Wenn z.B. Versicherungszeiten sowohl in Deutschland als auch in der Tschechischen Republik zurückgelegt sind, wird daher die deutsche Rente vom Rentenversicherungsträger in Deutschland, die tschechische Rente vom Rentenversicherungsträger in der Tschechischen Republik festgestellt. Die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Rentenanspruch (z.B. Erreichen der Altersgrenze, Minderung der Erwerbsfähigkeit, Wartezeit) müssen dabei nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht erfüllt sein. Allerdings werden bei der Anspruchsprüfung für geforderte Mindestversicherungszeiten die Versicherungszeiten in Deutschland und entsprechende Versicherungszeiten in der Tschechischen Republik sowie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten zusammengezählt, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Nur unter bestimmten Voraussetzungen können hier auch Versicherungszeiten in weiteren Staaten, mit denen ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen wurde, berücksichtigt werden. Zusätzlich können auch bestimmte für den Anspruchserwerb erforderliche versicherungsrechtliche Tatbestände durch entsprechende Tatbestände in anderen EU-Mitgliedstaaten erfüllt werden. Aus der deutschen Rentenversicherung können allerdings Rentenansprüche grundsätzlich nur dann entstehen, wenn mindestens 12 Monate an rentenrechtlichen Zeiten in Deutschland vorliegen (s. auch Ziff. 2.2). In bestimmten Fällen bestehen hierzu Ausnahmen.

2.2 Rentenhöhe

Die Berechnung der Renten ist vom Versicherungsträger jedes beteiligten EU-Mitgliedstaates nach seinen nationalen Rechtsvorschriften unter Beachtung der europäischen Verordnungen durchzuführen. Die in anderen EU-Mitgliedstaaten zurückgelegten Zeiten werden nicht zu deutschen Versicherungszeiten und in der Regel auch nicht in der deutschen Rentenversicherung abgegolten. Sie können aber Auswirkungen bei der Berechnung der deutschen Rente - insbesondere bei der Bewertung der deutschen beitragsfreien Zeiten - haben.

Aus den in anderen EU-Mitgliedstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zahlt in der Regel allein der Versicherungsträger des jeweiligen EU-Mitgliedstaates eine Rente. Wenn aber z. B. in einem EU-Mitgliedstaat weniger als zwölf Monate an Versicherungszeiten vorhanden sind, aus denen kein Rentenanspruch nach den jeweiligen nationalen Vorschriften besteht, wird zur Vermeidung von Kleinstrenten diese Zeit vom anderen Staat übernommen.

Die Höhe der Rente ist grundsätzlich unabhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Wohnsitz des Rentempfängers.

2.3 Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner

Die Entscheidung über die Mitgliedschaft in der deutschen Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner trifft die deutsche Krankenkasse. Grundsätzlich gilt Folgendes:

Antragsteller und Bezieher einer deutschen Rente, die sich gewöhnlich in Deutschland aufhalten, sind bei Vorliegen einer bestimmten Vorversicherungszeit in der deutschen Krankenversicherung pflichtversichert. Es besteht dann regelmäßig auch Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung. Für die Erfüllung der Vorversicherungszeit werden entsprechende Zeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung aller anderen EU-Mitgliedstaaten mitberücksichtigt. Von der deutschen Rente wird der Beitragsanteil des Rentners zur Krankenversicherung und evtl. auch der Pflegeversicherungsbeitrag einbehalten und zusammen mit dem Anteil des Rentenversicherungsträgers am Beitrag zur Krankenversicherung an die Krankenkasse abgeführt.

Bei Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat kann unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls Versicherungspflicht in der deutschen Kranken- und Pflegeversicherung bestehen.

Nach den europäischen Verordnungen unterliegt der Rentner bei Bezug von Renten aus mehreren EU-Mitgliedstaaten vorrangig der Krankenversicherung seines Wohnsitzlandes. Besteht nach den Bestimmungen des Wohnlandes kein Anspruch auf eine Rente oder kein Anspruch auf Sachleistungen aus der Krankenversicherung, ist das Land für die Krankenversicherung zuständig, das eine Rente zahlt, sofern dort ein Krankenversicherungsschutz besteht.

Bezieher einer deutschen Rente, die weder in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung noch in einer gesetzlichen Krankenversicherung eines EU-Mitgliedstaats pflichtversichert sind, können unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag einen Zuschuss zu ihrer freiwilligen oder privaten Krankenversicherung erhalten, wenn sie in Deutschland oder einem anderen EU-Mitgliedstaat wohnen.

2.4 Rentenzahlung

Die deutsche Rente wird am Monatsende überwiesen. In die Tschechische Republik erfolgt die Überweisung auf das dortige Bankkonto des Rentners. Die Gutschrift erfolgt in Euro, wobei für den Rentner nur die üblichen Spesen seiner Bank anfallen; die Kosten der Überweisung trägt der deutsche Rentenversicherungsträger.

2.5 Antragstellung

Renten werden regelmäßig nur auf Antrag geleistet. Der Antrag auf Gewährung einer Leistung in einem EU-Mitgliedstaat bewirkt grundsätzlich, dass in allen EU-Mitgliedstaaten, in denen Versicherungszeiten zurückgelegt sind, geprüft wird, ob die Voraussetzungen für eine Rentenleistung erfüllt sind. Sind z.B. Versicherungszeiten in Deutschland und in der Tschechischen Republik zurückgelegt, braucht nur ein einziger Antrag gestellt zu werden. Er gilt stets auch gegenüber dem anderen EU-Mitgliedstaat. Bei Wohnsitz in Deutschland genügt es daher, wenn bei der Beantragung deutscher Leistungen angegeben wird, dass auch tschechische Versicherungszeiten vorhanden sind. Der deutsche Rentenversicherungsträger teilt dann alle erforderlichen Angaben dem tschechischen Rentenversicherungsträger mit. Dieser entscheidet über den tschechischen Rentenanspruch. Dies gilt entsprechend bei Wohnsitz in der Tschechischen Republik. In diesem Fall leitet der tschechische Versicherungsträger das deutsche Rentenverfahren ein.

3. Leistungen zur Teilhabe (Rehabilitation)

Bei Vorliegen der persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen können für Versicherte, die in Deutschland wohnen, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen gewährt werden. Bei Prüfung der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine dieser Leistungen werden neben den deutschen Versicherungszeiten auch Versicherungszeiten in der Tschechischen Republik und in allen anderen EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt.

Versicherte mit Wohnsitz in der Tschechischen Republik erhalten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben nur, wenn sie darüber hinaus im Monat der Antragstellung in Deutschland pflichtversichert oder im Anschluss an eine in Deutschland versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit arbeitsunfähig waren.

4. Freiwillige Versicherung

Alle Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und nach deutschen Rechtsvorschriften nicht versicherungspflichtig sind, können sich ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit in der deutschen Rentenversicherung freiwillig versichern. Bei Wohnsitz außerhalb Deutschlands können sich tschechische Staatsangehörige in der deutschen Rentenversicherung freiwillig versichern, wenn sie zu irgendeinem Zeitpunkt vorher in der deutschen Rentenversicherung pflicht- oder freiwillig versichert waren.

5. Beitragserstattung

Die Erstattung der zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung gezahlten Beiträge setzt regelmäßig voraus, dass der Versicherte nicht mehr der Versicherungspflicht unterliegt und auch nicht berechtigt ist, freiwillige Beiträge zur deutschen Rentenversicherung zu zahlen. Für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besteht nach den europäischen Verordnungen die Berechtigung zur freiwilligen Versicherung, wenn nur ein deutscher Beitrag vorliegt (s. Ziff. 4), so dass in jedem Fall eine Beitragserstattung wegen Aufgabe der Beschäftigung in Deutschland ausgeschlossen ist.

Versicherte, die die Regelaltersgrenze erreicht und die allgemeine Wartezeit von 5 Jahren – ggf. unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten in allen EU-Mitgliedstaaten – nicht erfüllt, aber mindestens 12 Monate mit deutschen Zeiten zurückgelegt haben, können die Beiträge ohne zusätzliche Voraussetzungen erstattet erhalten. Ebenso ist eine Beitragserstattung an die Witwe, den Witwer, den überlebenden gleichgeschlechtlichen Lebenspartner im Sinne des deutschen Lebenspartnerschaftsgesetzes oder an Waisen möglich, wenn ein Anspruch auf Rente wegen Todes mangels erfüllter Wartezeit nicht besteht. In diesen Fällen ist auch der Wohnsitz ohne Belang.

6. Zuständigkeit

Sofern das Versicherungskonto bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung geführt wird, bearbeitet die Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd in Landshut regelmäßig Anträge auf Feststellung und Erbringung von Leistungen von Antragstellern, die

- in Deutschland wohnen und den letzten ausländischen Beitrag in der Tschechischen Republik gezahlt haben oder
- in der Tschechischen Republik wohnen oder
- als tschechische Staatsangehörige außerhalb der Europäischen Union wohnen.

7. Weitere Informationen, Auskünfte und Beratung

Dieses Merkblatt kann nur eine allgemeine und unverbindliche Information geben. Weitergehende Erläuterungen und Informationen erhalten Sie bei der Deutschen Rentenversicherung Bayern Süd. Außerdem informieren alle Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung. Auskunft und Rat sind kostenfrei.

Auskünfte zur Rentenversicherung in der Tschechischen Republik gibt der dortige Rentenversicherungsträger. Dessen Anschrift lautet:

Česká správa sociálního zabezpečení
Křížová 25
225 08 Praha 5
TSCHECHISCHE REPUBLIK

INFORMACE

K evropským nařízením o sociálním zabezpečení ve styku s Českou republikou

- Stav srpen 2021 -

Vztahy mezi členskými státy Evropské unie (EU) v oblasti sociálního zabezpečení se řídí především nařízeními (EU) č. 883/2004 a č. 987/2009 (dále „evropská nařízení“). Tato evropská nařízení, koordinují rozdílné systémy sociálního zabezpečení členských států Evropské unie, to znamená dávky důchodového pojištění, zdravotního a nemocenského pojištění, pojištění v nezaměstnanosti, úrazového pojištění a rodinné dávky. Zajišťují přeshraniční udržování právního nároku a rovnost nakládání, netvoří ale žádné nové druhy dávek a také nemění předpoklady pro nárok na dávku. Evropská nařízení jsou nadřazena národním ustanovením a nahrazují zásadně doposud platné smlouvy o sociálním zabezpečení s částí členských států Evropské unie (například také německo-českou Smlouvu o sociálním zabezpečení ze dne 27.07.2001). Tyto smlouvy je možno aplikovat jen ve vyjimečných případech.

K členským státům Evropské unie patří kromě Spolkové republiky Německo následující státy: Belgie, Bulharsko, Dánsko, Estonsko, Finsko, Francie, Řecko, Irsko, Itálie, Chorvatsko, Lotyšsko, Litva, Lucembursko, Malta, Nizozemí, Rakousko, Polsko, Portugalsko, Rumunsko, Švédsko, Slovensko, Slovinsko, Španělsko, Česká republika, Maďarsko a Kypr. Dále platí společné evropské právo v rámci evropského hospodářského prostoru (EHP) pro Island, Lichtenštejnsko a Norsko, stejně jako i pro Švýcarsko podle smlouvy o volném pohybu, uzavřené mezi státy Evropské unie a Švýcarskem. Jestliže je následně řeč o „členských státech Evropské unie“, zahrnují se tam tedy také státy evropského hospodářského prostoru a Švýcarsko.

Ve vztahu k Velké Británii a Severního Irska se od 01.01.2021 mohou evropská nařízení uplatňovat nanejvýš cestou zabezpečení ochrany majetku.

Následující informace dávají krátký přehled o pravidlech z oblasti zákonného důchodového pojištění, které jsou zahrnuty v evropských nařízeních.

1. Osobní rozsah platnosti

Evropská nařízení upřednostňují v první řadě státní příslušníky členských zemí Evropské unie, pro které platí nebo platily právní předpisy minimálně jednoho členského státu, jakož i jejich pozůstalé. Od 01. 06. 2003 platí společné evropské právo i pro osoby, které nejsou státními příslušníky některého členského státu Evropské unie (tzv. příslušníci třetích států), pokud bydlí legitimně v jednom z členských států Evropské unie a žily nebo pracovaly nejméně ve dvou členských státech Evropské unie. Od 01.10.2013 platí společné evropské právo pro tyto příslušníky třetích států i tehdy, pokud nežijí v členských státech Evropské unie. Toto takzvané nařízení o třetích státech se neaplikuje ve vztahu k zemím EHP a ke Švýcarsku.

2. Důchody

2.1 Nárok na důchod

V jednom z členských států Evropské unie získané doby pojištění se zásadně nepřenesají do jiného členského státu EU. Jestliže byly například doby pojištění získané jak v Německu, tak i v České republice, stanoví německý nositel důchodového pojištění výši německého důchodu, český důchod stanoví nositel důchodového pojištění v České republice. Osobní a pojistně právní předpoklady pro nárok na důchod (například dosažení hranice věku, snížení schopnosti vykonávat výdělečnou činnost, čekací doba) přitom musí být splněné podle vnitrostátního práva každého státu. Při prověřování nároku na požadované doby minimálního pojištění se ale doby pojištění v Německu, obdobné doby pojištění v České republice, stejně jako i v ostatních členských státech Evropské unie sečítají, pokud nespádají do stejného časového úseku. Jen za určitých předpokladů zde mohou být zohledněny i doby pojištění v dalších státech, s nimiž byla uzavřena dohoda o sociálním pojištění. Dodatečně mohou být určité, k získání nároku potřebné, pojistně právní skutkové podstaty splněné příslušnými skutkovými podstatami v jiných členských státech EU. Z německého důchodového pojištění mohou ale nároky na důchod zásadně jen vzniknout, jestliže bylo získáno nejméně 12 měsíců doby podle důchodového práva v Německu (viz též č. 2.2). V určitých případech k tomu existují výjimky.

2.2 Výše důchodu

Výpočet důchodů musí provádět nositel důchodového pojištění každého zúčastněného členského státu EU podle jeho národních právních předpisů se zřetelem na evropská nařízení. V jiných členských státech EU získané doby se nestanou německými dobami pojištění a zpravidla se také v německém důchodovém pojištění ani nehodnotí. Mohou ale výpočet německého důchodu - především hodnocení německých dob bez placení příspěvků - ovlivnit.

Z dob, získaných v jiných členských státech Evropské unie, platí důchod zpravidla nositel důchodového pojištění příslušného státu sám. Pokud ale například je v jednom členském státě EU méně než dvanáct měsíců dob pojištění, z kterých nevyplývá podle zákona příslušného státu žádný nárok na důchod, přebírá tuto dobu jiný stát z důvodu zamezení minimálního důchodu. Další zvláštnosti mohou nastat též při stanovení sirotčích důchodů.

Výše důchodu je zpravidla nezávislá na státní příslušnosti a bydlišti příjemce důchodu.

2.3 Zdravotní pojištění důchodců a pojištění pro případ potřeby ošetřování

Rozhodnutí o zařazení do německého nemocenského a pečovatelského pojištění důchodců vydává příslušná německá zdravotní pojišťovna. Zpravidla platí následující:

Žadatelé a příjemci německého důchodu, kteří mají svůj obvyklý pobyt v Německu, jsou při splnění určitých dob předpojištění povinně pojištěni v německém zdravotním pojištění. Zde potom existuje též pojistná povinnost v sociálním pojištění pro případ potřeby ošetřování. Pro splnění podmínek pro dobu předpojištění se zohledňují odpovídající doby v zákonném zdravotním pojištění všech ostatních členských států Evropské unie. Z německého důchodu se srazí podíl důchodce na pojistném k zdravotnímu pojištění a případně i pojistné na pojištění pro případ potřeby ošetřování a odvede se nemocenské pokladně spolu s podílem nositele důchodového pojištění na příspěvku na zdravotní pojištění.

V případě bydliště v jiném členském státě Evropské unie může pod určitými předpoklady také nastat pojistná povinnost v německém zdravotním pojištění a v pojištění pro případ potřeby ošetřování.

Podle evropských nařízení podléhá důchodce při pobírání důchodů z více členských států EU přednostně zdravotnímu pojištění státu jeho trvalého bydliště. Neexistuje-li podle právních ustanovení ve státě trvalého bydliště nárok na důchod nebo nárok na věcné dávky ze zdravotního pojištění, je pro zdravotní pojištění příslušná ta země, která platí důchod, pokud tam existuje ochrana ve zdravotním pojištění.

Příjemci německého důchodu, kteří nejsou povinně pojištěni ani v německém zákonném zdravotním pojištění ani v zákonném zdravotním pojištění jiného členského státu EU, mohou za určitých podmínek na žádost dostat příspěvek k jejich dobrovolnému nebo soukromému zdravotnímu pojištění, pokud mají pobyt v Německu nebo v jiném členském státě EU.

2.4 Placení důchodu

Německý důchod se vyplácí převodem na konci měsíce. Do České republiky se důchod převádí na tamější bankovní účet důchodce. Připsání se provádí v Euro, přičemž pro důchodce vzniknou jen běžné poplatky jeho banky; poplatky za převod do státu pobytu nese německý nositel důchodového pojištění.

2.5 Podání žádosti

Důchody se platí pravidelně jen na žádost. Žádost o poskytnutí dávky v jednom členském státě EU má zásadně za následek, že se ve všech státech Evropské unie, ve kterých byly získané doby pojištění, prověřuje, zda jsou splněné předpoklady pro dávku důchodového zabezpečení. Byly například získány doby pojištění v Německu a v České republice, je třeba podat jen jednu jedinou žádost. Ta platí vždy i pro ten druhý členský stát Evropské unie. U bydliště v Německu tedy stačí, bude-li při podání žádosti o německý důchod uvedeno, že existují i české doby pojištění. Německý nositel důchodového pojištění pak oznámí všechny potřebné údaje českému nositeli důchodového zabezpečení. Tento rozhodne o nároku na český důchod. To platí obdobně pro případ bydliště v České republice. V tomto případě zahájí český úřad německé důchodové řízení.

3. Dávky pracovní rehabilitace

Při splnění osobních a pojistně-právních předpokladů mohou být pojištěncům, kteří bydlí v Německu, poskytnuty dávky léčebné rehabilitace, dávky k účasti na pracovním životě stejně jako doplňující dávky. Při prověřování pojistně-právních předpokladů pro jednu z těchto dávek se zohledňují kromě německých dob pojištění i doby pojištění získané v České republice a ve všech ostatních členských státech Evropské unie. Pro poskytnutí dávek k účasti na pracovním životě oproti tomu sečítání s českými dobami pojištění a dobami pojištění ostatních členských států EU není možné.

Pojištěnci s bydlištěm v České republice obdrží dávky léčebné rehabilitace nebo dávky k účasti na pracovním životě jen tehdy, jestliže byli v měsíci podání žádosti v Německu povinně pojištěni nebo byli v návaznosti na pojištěné zaměstnání nebo samostatně výdělečnou činnost v Německu práce neschopní.

4. Dobrovolné pojištění

Všechny osoby s bydlištěm v Německu, které dosáhly 16 let věku a nejsou podle německých zákonů povinně pojištěné, se mohou bez ohledu na jejich státní příslušnost dobrovolně pojistit v německém systému důchodového pojištění. V případě bydliště mimo Německo se státní příslušníci České republiky mohou dobrovolně pojistit v německém důchodovém zabezpečení, jestliže byli někdy předtím povinně nebo dobrovolně pojištěni v německém systému důchodového zabezpečení.

5. Vrácení příspěvků

Vrácení do německého zákonného důchodového zabezpečení placených příspěvků pravidelně předpokládá, že pojištěný již nepodléhá pojistné povinnosti a také není oprávněn k placení dobrovolných příspěvků do německého důchodového zabezpečení. Pro státní příslušníky členského státu Evropské unie existuje podle evropských nařízení oprávnění k dobrovolnému pojištění již tehdy, jestliže byl zaplacen nejméně jeden příspěvek (viz číslo 4), takže je vrácení příspěvků na základě ukončení pracovní činnosti v Německu každopádně vyloučeno.

Pojištěncům, kteří dosáhli důchodového věku a kteří nesplnili předpoklad pro přiznání důchodu v délce 5-ti příspěvkových let – případně ani po součtu všech dob pojištění ve všech členských státech EU – avšak odpracovali minimálně 12 měsíců s německými dobami důchodového pojištění, mohou být příspěvky bez dalších předpokladů vráceny. Možné je také vrácení příspěvků vdově, vdovci, pozůstalému životnímu partnerovi stejného pohlaví ve smyslu německého zákona o životním společenství nebo sirotkům, pokud nevznikl nárok na důchod kvůli nesplnění čekací doby. V těchto případech se také nezohledňuje bydliště.

6. Příslušnost

Pokud je důchodový účet vedený u některé regionální pobočky německého nositele pojištění Deutsche Rentenversicherung, vyřizuje Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd v Landshut pravidelně žádosti o určení a poskytování dávek žadatelům, kteří

- bydlí v Německu a poslední zahraniční příspěvek zaplatili v České republice nebo
- bydlí v České republice nebo
- bydlí jako čeští státní příslušníci mimo Evropskou unii.

7. Další informace a poradenství

Tento informační list dává jen všeobecné a nezávazné informace. Podrobnější vysvětlení a informace obdržíte u Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd. Informace navíc všechna informační a poradenská místa Deutsche Rentenversicherung. Informace a poradenství jsou bezplatné.

Informace k důchodovému zabezpečení v České republice podává tamější nositel důchodového zabezpečení. Jeho adresa je:

Česká správa sociálního zabezpečení
Křížová 25
225 08 Praha 5
ČESKÁ REPUBLIKA